



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Dienstag, 15. Januar 2019

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 17. Jänner 2019

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: **Gestaltung der Müllgebühren**

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Vergleicht man die Gebührenblätter für die Abfallentsorgung auf der Homepage der Holding Graz mit denen vom Vorjahr, sieht man für die Grazer Haushalte eine Kostensteigerung um durchschnittlich zwei Prozent. Diese Steigerung ist zwar nicht wünschenswert, aber immerhin nachvollziehbar, da der Gemeinderat der Stadt Graz die Höhe der Müllgebühren über die Grazer Abfallordnung 2006 wertgesichert hat und Indexanpassungen durchführen kann.

Fragwürdig ist jedoch, warum die Gebühren für die gewerbliche Abholung im Vergleich dazu massiv gesenkt wurden, und zwar vom Gewichtstarif pro Tonne von 239,50 Euro im Jahr 2018 auf 195,43 Euro im Jahr 2019. Die Reduktion entspricht einer Kostenersparnis von rund 18,4 Prozent.

Die Tarife für die Grazer Haushalte wurden also leicht angehoben, während die Kosten für die Unternehmer stark reduziert wurden.

Daher darf ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

richten:

Welche Überlegungen stecken hinter dieser ungleichen Tarifgestaltung?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Dienstag, 15. Januar 2019

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 17. Jänner 2019

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: **GBG-Inserat**

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Das Gebäudemanagement GBG hat auf Seite 4 der letzten Wirtschaftsnachrichten Süd inseriert. Grund dafür war das Jugendzentrum Echo, welches für den Bauherrenpreis nominiert wurde. Merkwürdig dabei ist, dass neben Mag. Hirner (GBG), DI Mag. Werle (Stadtbaudirektion), Mag.^a Krammer (Jugendamt) und Stadtrat Hohensinner, die ÖVP-Politikerinnen Martina Kaufmann und Anna Hopper zu sehen sind. Hingegen ist weder jemand vom Jugendzentrum noch das nominierte Jugendzentrum selbst am Foto zu sehen. Mag. Hirner gesteht laut Kleiner Zeitung das fehlerhafte Verhalten bei der Bildauswahl für das Inserat.



BAUHERRENPREIS 2018

Nominierung für das Jugendzentrum Echo!
Die GBG steht für eine gelebte Baukultur und
Bauqualität im Haus Graz und zeichnet sich durch
zeit-, kosten-, und fristengerechtes Arbeiten aus.

GBG Gebäude- und
Baumanagement Graz GmbH
Conrad-von-Hötzendorf-Straße 94
8010 Graz | www.gbg.graz.at



Frage

Wie konnte, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, ein solcher Fehler bei der Bildauswahl geschehen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a Uli Taberhofer

Dienstag, 15. Januar 2019

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 17. Januar 2019

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: Umstellung der Weihnachtsbeihilfe auf Gutschein-System

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Bei der Einführung der SozialCard wurden vor allem die einfachere und unbürokratische Abwicklung sowie die Verringerung von Hürden für Betroffene von allen Fraktionen begrüßt.

Von diesem Prinzip ist man allerdings zuletzt abgegangen. Im Fall der Weihnachtsbeihilfe bedeutet das, dass die Beihilfe wieder extra online beantragt werden muss. Die Frist für die Antragstellung war zuletzt mit zwei Wochen ausgesprochen kurz. Außerdem werden keine Geldbeträge mehr angewiesen, sondern es werden Sodexo-Gutscheine zugesandt.

Im Gemeinderatsstück, das im September letzten Jahres dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt wurde, wurde ein Betrag von 583.000,- Euro budgetiert, um rund 10.000, Euro mehr als lt. Stück im Jahr 2017 aufgewandt wurde (573.850,-).

Im Vorjahr haben 10.866 Haushalte vom Sozialamt eine Weihnachtsbeihilfe bezogen. Heuer sind es nur mehr 8.984, um 1882 Haushalte weniger als im Vorjahr. Ein Viertel der 12.717 Haushalte im Besitz einer SozialCard hat nicht angesucht.

Dem erschwerten Zugang zur Weihnachtsbeihilfe stehen der personelle sowie der finanzielle Mehraufwand im Zusammenhang mit der Umstellung auf das Sodexo-Gutscheinsystem, mit der Abrechnung sowie erhöhte Versandgebühren gegenüber.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Wie verteilen sich die tatsächlichen Ausgaben für die Weihnachtsaktion 2018 betragsmäßig auf reine Aufwendungen für die Leistung (Gutscheine) selbst und auf sämtliche Nebenkosten, wie Umstellung des Systems, Erstellung der Gutscheine, Verwaltung, Abwicklung und Versand bzw. Zustellung an die Haushalte sowie die Verrechnung mit Sodexo?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 17. Jänner 2019

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Baustellenlärm – Kommunikation von ESTAG, Energie Graz und Holding Graz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

kürzlich erreichte uns ein Schreiben eines Bewohners, der entlang der Baustelle für den Zentralen Speicherkanal zwischen Radetzky- und Augartenbrücke wohnt. Seit Beginn der Bauarbeiten Ende 2017 mussten die Bewohner der Häuser in diesem Bereich auf beiden Seiten der Mauer immense Lärmbelastungen erdulden. Im Frühjahr wurden z. B. Rammarbeiten durchgeführt, bei denen die Hauswände erzitterten. Es ging weiter bis zum Jahresende 2018 mit andauernden lauten Brumm-, Rumpel- und Quietschgeräuschen. Manchmal krachte es laut Schilderungen des Anwohners zwischendurch so laut, als würde ein Haus einstürzen. Pausen vom Baustellenlärm gab es nur nachts und am Wochenende.

Ein Schreiben des Betroffenen an Herrn Harnik-Lauris im September vorigen Jahres mit dem Vorschlag, die Energie Steiermark möge doch zusammen mit der Holding Graz eine Entschädigung für die lärmgeplagten AnwohnerInnen überlegen, beispielsweise in Form eines Strombonus, wurde mit der Aussicht auf Bearbeitung beantwortet, lt. dem Betroffenen mit den Worten: „Sowohl unser Projekt-Ombudsmann als auch der Bereich Vertrieb der Energie Steiermark und der Energie Graz werden sich die Sache gerne im Detail ansehen und prüfen, ob eine solche Idee umsetzbar ist.“ Danach war jedoch Funkstille. Weitere Anfragen, ob denn schon eine Entscheidung bezüglich der Entschädigung getroffen worden sei, blieben bis heute unbeantwortet.

Auch der Baustart verlief sehr unglücklich. Auf eine persönliche Zustellung der "Baustelleninformation" im Vorfeld der Bauarbeiten wurde verzichtet. Sehr viele Bewohner im Umfeld der Großbaustelle, die unter den massiven Lärmbelastungen leiden, fühlen sich im Stich gelassen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage

In welcher Form gedenken Sie auf die für die Großbaustellen ZSK und Murkraftwerk Verantwortlichen bei Holding, Energie Graz und ESTAG einzuwirken, damit die Kommunikation mit der Grazer Bevölkerung verbessert wird, ihre Anliegen ernstgenommen und ihre Anfragen mit Sorgfalt und Umsicht bearbeitet und beantwortet werden?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 17. Jänner 2019

Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

**Betrifft: Fluggepäckaufgabe bereits in der Stadt Graz – als Beitrag zur Entlastung für
Flugreisende!**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl,

ob ökologisch sinnvoll oder nicht. Der Flugverkehr weist – u. a. aufgrund günstiger Tarife – ein sehr hohes Passagieraufkommen auf. Kurz- bis mittelfristige Tendenzen deuten auf weitere Steigerungen hin. Aktuell ist Graz durch getaktete Bahn- und Busverbindungen mit dem größten österreichischen Flughafen Wien/Schwechat aber auch mit dem Airport Graz Thalerhof verbunden. Es bietet sich damit eine hervorragende Möglichkeit, wenigstens einen Teil der Reise mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu bestreiten. Große Probleme stellen jedoch die oftmals langen Warteschlangen und der Zeitaufwand bei den diversen Gepäckabfertigungsschaltern der Flughäfen dar.

Hier sei an ein Schweizer Modell erinnert, wo es seinerzeit problemlos möglich war, ab vielen größeren SBB-Bahnhöfen das Fluggepäck für Flüge der damals noch existierenden Swissair einzuchecken. Dies wäre auch durchaus in Graz möglich. Dazu bietet sich beispielsweise die fast leere Annenpassage an. Möglich wäre es auch, beim Bahnsteig 1 (Hausbahnsteig) oder beim umgestalteten Bahnhofszugang Waagner-Biro-Straße entsprechende Adaptierungen vorzunehmen. Die Folge wäre eine durchaus charmante und kundInnenfreundliche „win-win“-Situation, die ihren Teil zur Entspannung des immer hektischer werdenden Flugverkehrs beitragen würde.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage

**Sind Sie bereit, mit der Holding Graz sowie den ÖBB, Land und Bund ehest
Verhandlungen aufzunehmen, um sehr bald eine städtische Eincheckmöglichkeit für
Flugreisen zu schaffen?**



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

Donnerstag, 17. Jänner 2019

Antrag

Betrifft: **Hundstrümmerl unterm Schnee**

Wenn es draußen kalt ist, verspüren viele HundebesitzerInnen offensichtlich keine große Lust mehr, große Runden mit ihren Vierbeinern zu gehen. Ein kleiner Ausflug in den Park, damit der Hund das Geschäft verrichten kann, muss dann reichen. In der Dunkelheit ist es dann oft schwer, das Trümmerl aufzufinden – oder es wird nicht für nötig erachtet, denn es sieht ja eh niemand. Der Erfolg dieser Vorgangsweise zeigt sich mit schmelzendem Schnee. Derzeit etwa sehen Parkwiesen, wie etwa die bei Kindern sehr beliebten und von umliegenden Schulen als Freizeitfläche genutzten Rasenflächen, aus wie Tretminenfelder. Im Abstand von etwa einem Meter liegen dort aufgeweichte Hundstrümmerl. Das ist nicht nur ekelhaft, sondern auch gesundheitsgefährdend.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Grazer Ordnungswache soll nach Einbruch der Dunkelheit verstärkt in Grazer Parkanlagen, ins besonders bei Kinderspielwiesen und Spielplätzen, Präsenz zeigen, um ein mögliches unverantwortliches Verhalten bezüglich der Wegräumspflicht von Hundekot bei HundebesitzerInnen zu verhindern.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

Donnerstag, 17. Jänner 2019

Antrag

Betrifft: **Offene Bibliotheken**

Die Grazer Bibliotheken sind ein Erfolgsmodell, und das hat gleich mehrere Gründe. Nicht allein, dass die Auswahl an Medien umfangreich und ansprechend ist, in ihrer angenehmen Atmosphäre verweilen viele Menschen gerne, um dort die aktuellen Zeitungen zu lesen oder in Neuerscheinungen zu schmökern und dabei einen Kaffee zu trinken oder die Computer zu nutzen. Gerne würden einige Menschen länger dortbleiben, als es die Öffnungszeiten zulassen.

In Dänemark wurde diesem Wunsch bereits vor vielen Jahren begegnet. Im Rahmen des Konzeptes „Open Library“ hat ein Großteil der Bibliotheken bis 22 Uhr für die NutzerInnen geöffnet. Mit Personal besetzt sind sie abends jedoch nicht. Wer die Sozialversicherungskarte am Eingang steckt, hat Zugang bis 22 Uhr und kann sich darin aufhalten und eigenständig Medien verbuchen. Zwar wird der Zutritt mit Kameras überwacht, aber davon lässt sich kaum jemand stören, da die Daten schnell wieder gelöscht werden. Gestiegen ist seither nicht der Schwund an Medien, sondern die Zahl der BesucherInnen. Die Bibliotheken sind zum sozialen Treffpunkt geworden, schwärmen die Verantwortlichen.¹

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Stadt Graz möge sich das dänische „Open Library“-Konzept zum Vorbild nehmen und Bibliotheken personalfrei bis 22 Uhr für NutzerInnen zugänglich machen.

¹https://www.deutschlandfunk.de/open-library-in-daenemark-die-buecherei-als-kultureller.691.de.html?dram:article_id=436759&fbclid=IwAR1PpPIve0VimWeZ1j19vdu_FM4nC_yRa3lDdt7zSsXbHxYYScgx8hnAaU&utm_content=bufferb5d24&utm_medium=social&utm_source=facebook.com&utm_campaign=buffer



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

Donnerstag, 17. Jänner 2019

Antrag

Betrifft: Zugang Stallbastei

Bereits bei Beschluss der Pläne für das SchlossbergMuseum im September 2018 haben wir die Vorgangsweise kritisiert, dass der Eintrittspreis bereits am Drehkreuz beim ehemaligen Kiosk kassiert werden soll. Im Rahmen des Gesamtkonzeptes, das auch den „Grazer Wundergarten“ im Aussenbereich mit einschließt, macht das Sinn und 2,- Eintrittspreis sind nicht sehr hoch. Wer aber nur – wie bisher möglich – das Gelände und die Stallbastei besuchen will, um den Blick über die Stadt zu genießen, wird sich über diese Vorgangsweise sehr ärgern. Denn das Freigelände ist öffentlicher Raum, der so nunmehr zugangsbeschränkt wird.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Wiederholt rege ich an, dass das Schlossbergmuseum bei freiem Eintritt zu besichtigen sein soll – oder dass zumindest der Zutritt zum Freigelände und zur Stallbastei kostenlos zugänglich gemacht wird.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 17. Jänner 2019

Antrag

Betrifft: Lehramtsstudium für Bildnerische Erziehung in Graz

Leider ist es seit kurzer Zeit für Studierende in Graz nicht mehr möglich, eine Ausbildung zum Kunsterziehenden für den Sekundarbereich (ab 5. Schulstufe) zu erhalten, die Lehramtsausbildung an der Pädagogischen Hochschule wurde aufgelöst(!) und verschwindet nun im Süden Österreichs zur Gänze. Die aktuelle Situation bleibt eine Zumutung für alle Grazerinnen und Grazer sowie steirischen Studierenden, die gezwungen sind, nach Wien oder Linz auszureisern, um eine adäquate Ausbildung zu erhalten.

Alle Fachleute – egal, ob PädagogInnen oder Entscheidungstragende in Wirtschaft und Technik – sind sich einig, dass nicht nur Fachwissen, sondern auch Kreativität und Spontanität beruflich und gesellschaftlich von enormer Bedeutung sind. Gerade die Kunsterziehung in der Schule war es stets, die diese Fähigkeiten und selbstverständlich auch kulturelles Verständnis bei jungen Menschen besonders zu fördern vermochte.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Stadt Graz wird ersucht, gemeinsam mit Bund und Land sowie der Pädagogischen Hochschule und der KF-Universität rasch gemeinsame Schritte zu setzen, um ein vollwertiges Lehramtsstudium für Bildnerische Erziehung für den Sekundarbereich in Graz zu installieren. Das Kulturjahr 2020 wäre dafür ein passender Anlass.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 17. Jänner 2019

Antrag

Betrifft: Mehr öffentliche Kinderkrippen

Letztes Jahr hat es im März 1.620 Anmeldungen für Kinderkrippen (inkl. Wechsler) gegeben. Jedes dritte Kind wurde auf eine Warteliste gesetzt! Für 8.650 Kinder (0-3 Jahre, Stand Dezember 2019) stehen lediglich 2.690 Krippenplätze (Stand 15. November 2018) zur Verfügung. Das entspricht einem Versorgungsgrad an institutionellen Kinderkrippenplätzen von 31,1%. Dabei sei erwähnt, dass davon sieben Krippen hauptsächlich und prioritär Kinder von Beschäftigten von Firmen bzw. des Landes Steiermark aufnehmen. Somit ist einerseits das Erreichen der Barcelona-Ziele äußerst hinterfragenswert und andererseits wäre es doch großartig, wenn sich die Stadt Graz nicht mit einer Mindestanforderung brüstet, sondern auf einen weit höheren Versorgungsgrad (siehe Wien mit 44%) verweisen könnte.

Um eine bessere Versorgung für 0-3-Jährige erbringen zu können, sollte die Stadt Graz vermehrt eigene Kinderkrippen bauen und betreuen. In Linz sind 80% der Krippen städtische Betreuungseinrichtungen. In Graz ist es genau umgekehrt: 80% der Krippen sind privat! Und es ist einer Stadt, wie sie Graz ist, nicht würdig, dass es in jedem 3. Bezirk keine öffentliche Krippe gibt.

Das Argument der steigenden Kosten, das im Zusammenhang mit der Erbauung und Erhaltung von öffentlichen Krippen vorgebracht wird, sollte zum Wohle unserer Kinder und deren Eltern aus unserer Sicht hintangestellt werden. Eltern sollten nicht auf einer Warteliste landen und monatelang im Ungewissen bleiben müssen, ob sie eventuell einen Platz für ihre Kinder bekommen oder nicht.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Stadtrat Kurt Hohensinner und die verantwortlichen Stellen werden ersucht, ein Konzept zu erarbeiten, wie der Versorgungsgrad an institutionellen Kinderkrippen mittelfristig um 10% erhöht und zumindest ein gleichmäßiger Anteil von städtischen und privaten institutionellen Kinderkrippen erreicht werden kann. Die Ergebnisse sollen bis April 2019 dem entsprechenden Ausschuss präsentiert und den politischen Klubs zugesandt werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 17. Jänner 2019

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Sonderwohnbauprogramm III

Graz ist - immer noch - eine stark wachsende Stadt, es braucht leistbaren Wohnraum, Gemeindewohnungen sind die beste Form.

Mit den Sonderwohnbauprogrammen 2010 und 2014 wurden jeweils rund 500 Gemeindewohnungen auf Schiene gebracht. Die Umsetzung benötigt natürlich einige Jahre, vom Grundstücksankauf über die vertraglichen Vereinbarungen mit Genossenschaften, eventuell ist auch ein Bebauungsplan notwendig, Bauverfahren finden statt.

In dieser Gemeinderatsperiode können - und konnten bereits - Wohnungen übergeben werden, für deren Errichtung in der vergangenen Periode vorgesorgt wurde. Um nicht zu einem Stillstand zu kommen, ist es erforderlich, auch jetzt vermehrt Anstrengungen zu unternehmen, um Grundstücke zu sichern.

Im Flächenwidmungsplan wurden erfreulicherweise einige Grundstücke als Vorbehaltsflächen für kommunalen Wohnbau ausgewiesen. In manchen Fällen geht es dann relativ schnell, so konnten wir heute bereits den Bebauungsplan am Mühlriegl nach erfolgtem Grundstücksankauf und einem Architekturwettbewerb beschließen. In anderen Fällen wird es aber länger dauern, in einigen gibt es dann aber vielleicht überhaupt keine Verkaufsabsichten der jeweiligen Eigentümer. Diese Vorbehaltsflächen sind also gut, wichtig und notwendig, aber zu wenig. Es braucht darüber hinaus weitere Grundstücke für den Bau von Gemeindewohnungen. Es braucht ein Sonderwohnbauprogramm III.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der zuständige Stadtsenatsreferent, Vizebürgermeister Mag. Mario Eustacchio, wird ersucht, dem Gemeinderat bis Sommer 2019 über die Fortschritte für ein Sonderwohnbauprogramm III zu berichten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 17. Jänner 2019

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Sozialhilfe Neu

Die „Sozialhilfe Neu“, die schon im April die 2010 eingeführte Mindestsicherung ersetzen soll, enthält für alle betroffenen Personengruppen Verschlechterungen. Wird dieses Gesetz verabschiedet, bedeutet das nicht nur eine Verschärfung der Armut, sondern eine Gefährdung des sozialen Friedens für alle Österreicherinnen und Österreicher.

Es werden keine sozialen Mindeststandards mehr definiert, sondern nur mehr Höchstsätze genannt. Aufschläge für Alleinerziehende, für Menschen mit Behinderung sowie beim Wohnen sollen lediglich Kann-Bestimmungen sein, für die die Länder aus ihren eigenen Budgets aufkommen müssten. Abgesehen davon darf es einen Wohnkostenzuschuss künftig nur geben, wenn die Wohnkosten höher als 40 Prozent der Sozialhilfe sind. Damit werden Betroffene in der Steiermark schlechter aussteigen als bisher.

Bis zu 80% weniger Unterstützung pro Kind für alle – österreichische genauso wie ausländische - Familien sieht die neue Regelung vor. Alimente werden künftig zum Einkommen gezählt. Auf diese Weise wird dafür gesorgt, dass Kinder aus bedürftigen Familien zusätzlich benachteiligt werden, während Kinder einkommensstarker Eltern durch den neu eingeführten Familienbonus mittels Steuergutschrift zusätzlich begünstigt werden.

Zur besseren Veranschaulichung der eintretenden Verschlechterung bei der geplanten „Sozialhilfe Neu“ ein reales Beispiel einer österreichischen Familie, die in Graz wohnt:

Österreichisches Ehepaar in Graz 6 Kinder (Alter: 16, 13, 6, 5, 4 und 3 Jahre)		
Einkommen	Rehageld (Frau)	780,0 €
	AMS-Bezug (Mann)	700,0 €
Wohnkosten	Miete	545,0 €
	Strom & Heizung	100,0 €
Fixkosten	Versicherung	100,0 €
	Schulgeld	110,0 €
	Kindergarten	70,0 €
	Schuldentilgung	200,0 €
Was bleibt sind		355,0 €
Mindestsicherung bisher		724,9 €
"Sozialhilfe Neu"		248,8 €
Unterschied: 476,1 € weniger		

Nach dem alten System bleiben der 8-köpfigen Familie rund 1.000,- wovon Lebensmittel, Kleidung, Handy und ähnliches bezahlt werden müssen. Bei der „Sozialhilfe Neu“ wären es hingegen nur mehr 600,- - sprich 20 Euro pro Person im Haushalt pro Woche! Eine Summe, die im Grunde nicht zum Überleben reicht – dabei hat diese Familie sogar Glück, aufgrund ihrer geringen Wohnkosten. Aber man will sich gar nicht ausmalen, was geschieht, wenn die Waschmaschine oder der Kühlschrank kaputtgehen. Und es erscheint völlig absurd in diesem Fall an beispielsweise einen Schulsikurs zu denken.

Bleiben wir weiter bei den Fakten: Im Jahr 2017 haben die österreichweiten Ausgaben für die Mindestsicherung 0,92% des Sozialbudgets ausgemacht – also 92 Cent bei 100 Euro. Ein vergleichsweise kleiner Betrag, der jedoch 307.000 Menschen – mit der Einwohnerzahl von Graz vergleichbar – vor dem Abdriften in Obdachlosigkeit und absolute Armut bewahrt. Besonders tragisch ist die Tatsache, dass mehr als ein Drittel der MindestsicherungsbezieherInnen Kinder sind. Derzeit sind rund 51.000 Kinder, das ist jedes 5. Kind in unserem Bundesland, von Armut betroffen. Dieses unsoziale Gesetz würde die Armut und Obdachlosigkeit der Bevölkerung rasch beschleunigen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung und insbesondere Bundesministerin Beate Hartinger-Klein dazu auf, von den Plänen der „Sozialhilfe Neu“ Abstand zu nehmen und die bisherige Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) in vollem Umfang aufrecht zu erhalten.